

Unterrichtung

durch die Delegation der Bundesrepublik Deutschland in der Ostseeparlamentarierkonferenz

16. Jahrestagung der Ostseeparlamentarierkonferenz vom 27. bis 28. August 2007 in Berlin

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Zusammenfassender Bericht	1
II. Konferenzresolution	11

I. Zusammenfassender Bericht

Zur 16. Jahrestagung der Ostseeparlamentarierkonferenz kamen unter dem Motto „Nachhaltige Entwicklung in der Ostseeregion – Soziale Wohlfahrt, Maritime Politik, Energiesicherheit“ am 27. und 28. August 2007 im Reichstagsgebäude Vertreter der nationalen und regionalen Parlamente der elf Ostseeanrainerstaaten, des Ostseerates, der Baltischen Versammlung, des Nordischen Rates, des Europäischen Parlamentes, der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und verschiedener anderer Organisationen zusammen. Damit war der Deutsche Bundestag zum ersten Mal Gastgeber der Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference – BSPC).

Die Eröffnungssitzung am 27. August 2007 begann mit der Begrüßung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie der Gäste durch den Präsidenten des Deutschen Bundestages, **Dr. Norbert Lammert**, MdB. Er erinnerte daran, dass der Ostseeraum erst mit der Überwindung der Teilung Europas politisch ins Zentrum gerückt sei. Die Konferenzthemen machten deutlich, wo die Regierungen und Parlamente Chancen und Aufgaben sähen. Energie- und Umweltfragen, einschließlich des Klimawandels, seien auch beim G8-Gipfel im Ostseebad Heiligendamm thematisiert worden. Es sei zu begrüßen, dass die Parlamentarierinnen und Parlamentarier diese Themen nun so früh wie möglich aufgriffen. Die Bereiche Arbeit und soziale Wohlfahrt könnten in Berlin sicher nicht abschließend behandelt werden, aber die Konferenz sei fest etabliert und bilde mit ihrer lockeren Organisationsstruktur einen guten Rahmen. Die gleichberechtigte Zusammenarbeit sei dabei ein Pilotprojekt. Die Ostsee trenne heute nicht mehr, sondern verbinde und biete ein Meer an Möglichkeiten. Es werde sicher nicht am Einsatz der Par-

lamentarierinnen und Parlamentarier fehlen, aus dem Meer mehr zu machen.

Als Vorsitzender des Ständigen Ausschusses der Ostseeparlamentarierkonferenz und Leiter der deutschen Delegation eröffnete PStS **Franz Thönnies**, MdB, anschließend die 16. Ostseeparlamentarierkonferenz. Mit mehr als zweihundert Teilnehmerinnen und Teilnehmern sei sie die bisher größte BSPC-Konferenz. Dies zeige, wie ernst die beteiligten Parlamente ihre Verpflichtungen nähmen, gemeinsam an einer guten Entwicklung der Ostseeregion zu arbeiten, und sei Ausdruck der Bedeutung, die die Ostseeparlamentarierkonferenz inzwischen habe. Sie habe sich über die Jahre ihres Bestehens seit 1991 ständig weiterentwickelt, emanzipiert und sei Ausdruck einer Kooperation über Grenzen, die ihren trennenden Charakter immer mehr verlören. Der Ständige Ausschuss habe mit dem Konferenztitel die aktuellen Herausforderungen treffend beschrieben und die Inhalte der Konferenz in drei Sitzungsabschnitte gegliedert. Mit der Berliner Resolution solle deutlich gemacht werden, dass es den beteiligten Parlamentarierinnen und Parlamentariern ernst sei mit einer lebenswerten Entwicklung in der Ostseeregion. Eine sichere und saubere Ostsee, eine ökonomisch starke und innovative Ostseeregion, stabile Gesellschaften mit sozialer Verantwortung, ein zukunftsträchtiges und nachhaltiges Netzwerk der Zusammenarbeit in der Region und eine enge Zusammenarbeit mit Russland seien die Maximen für eine erfolgreiche Entwicklungsstrategie im Ostseeraum.

Die Vizepräsidentin des Europäischen Parlamentes, **Diana Wallis**, MdEP, warnte in ihrem Grußwort davor, neue Grenzen zu errichten. Es müsse einen zusammenhängenden Ostseeraum geben. Dies müsse auch bei der Zusammenarbeit in der Nördlichen Dimension berücksichtigt werden, im Rahmen derer zudem nicht ignoriert werden dürfe, was sich in der nördlichsten, arktischen Region abspiele. Mit dem Hohen Norden verbundene Themen hätten auch Auswirkungen auf den Ostseeraum, so etwa die Folgen des Klimawandels auf die Meeresumwelt, die Entwicklung der EU-Meeresstrategie und die Energieversorgungssicherheit, insbesondere die Förderung und der Transport der Ressourcen. Mit der Parlamentarischen Konferenz über die Nördliche Dimension am 28. Februar

und 1. März 2007 in Brüssel habe das Europäische Parlament einen Dialog begonnen, der hoffentlich zu Beginn des Jahres 2008 fortgesetzt werden könne. Die Zusammenarbeit der Mitglieder des Europäischen Parlamentes mit den Parlamentarierinnen und Parlamentariern nationaler Parlamente und interparlamentarischer Gremien werde dabei dem Wohl aller dienen, deren Vertreterinnen und Vertreter sie seien, und richtungweisend für die Politik der Regierungen sein.

Die Vizepräsidentin des Nordischen Rates, **Berit Brórby**, übermittelte den Konferenzteilnehmerinnen und -teilnehmern die Grüße des Nordischen Rates und sprach sich ebenfalls für eine stärkere Zusammenarbeit von EU und arktischen Ländern im Bereich der Forschung und Überwachung der arktischen Region aus. Die neue Nördliche Dimension der EU müsse ein starkes Instrument zum Umgang mit den Veränderungen im Hohen Norden sein. Sie freue sich über die geplante Einrichtung eines Parlamentarischen Forums Nördliche Dimension, das ein wichtiger Treffpunkt sein werde, um das Regierungshandeln in Bezug auf die Veränderungen und Entwicklungen in der arktischen Region zu begleiten. Die Themen der 16. Ostseeparlamentarierkonferenz seien nicht nur von Aktualität geprägt, sondern betreffen auch alle teilnehmenden Länder und Organisationen. Fragen des Arbeitsmarktes und der sozialen Sicherung bildeten das gesellschaftliche Fundament. Im Kampf gegen Sozialdumping und seine Konsequenzen sei es von zentraler Bedeutung sicherzustellen, dass Wanderarbeiter einen angemessenen Lohn erhielten. Gesellschaften mit einer zu großen Kluft zwischen Reich und Arm seien instabil. Man müsse zusammenarbeiten, um die Stabilität in der Region zu gewährleisten. Im Hinblick auf die Veränderungen im Umweltbereich müsse einerseits die Emission von Treibhausgasen schnell reduziert werden, andererseits müssten Strategien zur Anpassung an die Veränderungen erarbeitet werden.

Die Vorsitzende des Ständigen Ausschusses der Konferenz der Parlamentarier der Arktischen Region (SCPAR), **Hill-Marta Solberg**, würdigte die Ereignisse in Berlin im November 1989 als Beginn einer neuen Ära der Zusammenarbeit sowohl im Ostseeraum als auch in der arktischen Region. Seit dem Startschuss Anfang der 90er Jahre hätten sich die Ostseeparlamentarierkonferenz und die Konferenz der Parlamentarier der Arktischen Region weitgehend auf die gleichen Bereiche der Zusammenarbeit konzentriert, und Umweltfragen, Meerespolitik und Energiefragen stünden jeweils ganz oben auf der politischen Agenda. Auf der Tagesordnung der nächsten Arktischen Parlamentarierkonferenz im August 2008 in Fairbanks/Alaska stünden entsprechend die Themen Energie, Klimawandel und das Internationale Polarjahr. Die Zusammenarbeit in der arktischen und der Ostseeregion ergänzten sich gegenseitig. Zudem werde die geplante Gründung eines Parlamentarierforums der Nördlichen Dimension eine wertvolle Arena zum Lernen und zur Koordinierung bieten sowie die Politik für den Hohen Norden parlamentarisch unterstützen.

Zum Abschluss des Eröffnungsteils überbrachte die Parlamentspräsidentin der Republik Georgien, **Nino Burjanadze**, als amtierende Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung der Schwarzmeerwirtschaftskooperation (PABSEC) Grüße der Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus der Schwarzmeerregion. Sie betonte, die Ostseeparlamentarierkonferenz und die Parlamentarische Versammlung der Schwarzmeerwirtschaftskooperation verfolgten das gleiche Ziel und wollten den Dialog und die regionale Kooperation von Parlamenten fördern sowie wirksame Mechanismen etablieren, um wirklich demokratische Gesellschaften aufzubauen. Von dem Modell der Zusammenarbeit im Ostseeraum und der Kooperation der nordischen Länder könne die PABSEC lernen. Einige Länder im Schwarzmeerraum seien inzwischen Mitglieder der Europäischen Union bzw. hätten Beziehungen im Rahmen der Nachbarschaftspolitik der EU. Das große Wirtschaftspotenzial der Region und der große Markt, den die Länder in der Region für andere darstellten, machten die Bedeutung des Schwarzmeerraumes deutlich. Mit Blick auf die Energieressourcen, -abhängigkeit und -diversifizierung müssten neue Routen gefördert werden. Die Kooperation der Länder am Schwarzen Meer, dem Mittelmeer und Europas sei vor allem mit Blick auf den Transport von Ressourcen am Kaspischen Meer bzw. aus Zentralasien nach Europa von zentraler Bedeutung. Dass die Sicherheit in der Schwarzmeerregion mit der Sicherheit im Mittelmeerraum und in Europa verbunden sei, zeigten aber auch Probleme wie der Menschenhandel oder die Drogenproblematik. Es bestehe eine gemeinsame Verantwortung für die Sicherheit, um ein weiteres Übergreifen der Probleme zu verhindern. Europa sei deshalb auch mit in der Verantwortung, wenn es um die ungelösten Konflikte in der Region gehe und müsse Georgiens Differenzen mit dem Nachbarn Russland ernst nehmen sowie seinen Einfluss geltend machen. Die Schwarzmeerregion müsse stabilisiert und vorhersehbarer werden.

Den Vorsitz der ersten Sitzung zur „Zusammenarbeit im Ostseeraum einschließlich Energiefragen“ übernahmen **Wladimir Nikitin**, Mitglied der russischen Duma, und **Dorota Arciszewska-Mielewczyk**, Mitglied des polnischen Senats.

Der Außenminister der Republik Lettland, **Dr. Artis Pabriks**, sprach sich als amtierender Vorsitzender des Ostseerates für eine engere Zusammenarbeit, bessere Koordinierung der Aktionen und regelmäßigen Dialog zwischen Ostseeparlamentarierkonferenz, Ostseerat und anderen regionalen Organisationen sowie intergouvernementalen Akteuren aus. Es sei ermutigend, dass heute nicht mehr allein die Regierungen die treibende Kraft der Zusammenarbeit seien, sondern vielmehr Unternehmen, lokale Behörden, Universitäten, Nichtregierungs- und unabhängige Organisationen. Deshalb hätten die Außenminister der Länder des Ostseerates die Reform des Ostseerates und die Entwicklung einer Gesamtstrategie für den Ostseeraum begrüßt. Diese Aufgabe könne nicht innerhalb eines Jahres abgeschlossen werden und müsse im größeren Kontext der allgemeinen Entwicklung der EU gesehen werden. Deshalb werde die aktive Einbindung

der Europäischen Kommission angestrebt. Willkommen seien aber auch Beiträge der Ostseeparlamentarierkonferenz. Im Juni 2008 solle ein Reformvorschlag vorgestellt werden, in dem die Prioritäten neu definiert, die Institutionen neu strukturiert und die Finanzmittel überdacht würden. Neben der Reform der Organisation und der Strategie für den Ostseeraum habe sich die lettische Präsidentschaft die beiden Ziele nachhaltige Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit gesetzt. Es gebe drei Prioritäten bei diesen Zielen: Energie, Bildung und zivile Sicherheit. Nachhaltige Entwicklung habe viel mit Energie, Meerespolitik, Umwelt und Fragen der zivilen Sicherheit zu tun, wie etwa Bekämpfung des Menschenhandels und des organisierten Verbrechens. Wettbewerbsfähigkeit dagegen sei mit Bildungsfragen verbunden. Gemeinsames Ziel von Ostseerat und Ostseeparlamentarierkonferenz sei die Anerkennung, Stärkung und Nutzung der regionalen Identität des Ostseeraums als gemeinsames Gut. Mit dem Projekt „Balticness“, einer Reihe von Veranstaltungen in elf Ländern der Region, wolle die lettische Präsidentschaft ihren Beitrag dazu leisten.

Über die Arbeit des Ständigen Ausschusses der Ostseeparlamentarierkonferenz berichtete anschließend PS/SPD **Franz Thönnies**, MdB, als Vorsitzender des Gremiums, das zwischen den Ostseeparlamentarierkonferenzen die Umsetzung der traditionell zum Konferenzende angenommenen BSPC-Resolution verfolgt. Die Resolution der 15. BSPC in Reykjavik habe vier Schwerpunkte aufgezeigt: Nördliche Dimension, Europäische Meerespolitik, die Ostsee-Gaspipeline und die Eutrophierung. Regierungen und Parlamente achteten zunehmend auf die Beschlüsse von Reykjavik. So sei eine Vielzahl der Positionen weiterverfolgt worden und befände sich teilweise in der Umsetzung. In der Resolution müssten klare Formulierungen gefunden werden, die auf politische und praktische Ziele ausgerichtet würden und umsetzbar seien. Trotz Defiziten Anfang 2007 sei die Zusammenarbeit mit dem Ostseerat stärker und vielfältiger geworden. Der Dialog zwischen der parlamentarischen und der Regierungsseite könne während des vorgestellten Reformprozesses des Ostseerates, den die Ostseeparlamentarierkonferenz unterstütze, sehr wertvoll sein. Hervorzuheben seien zudem der Beitrag der Arbeitsgruppe Eutrophierung, das Engagement der Beobachter der Ostseeparlamentarierkonferenz bei der Helsinki-Kommission (HELCOM) zum Schutz der Ostsee, der Dialog mit Vertretern der schwedischen Regierung über die Arbeit des Ostseerates in der schwedischen Präsidentschaft und ihre Schwerpunkte, die erstmalige Teilnahme von Vertretern der Arbeitgeber und der Gewerkschaften an der 16. Ostseeparlamentarierkonferenz, die Brüsseler Konferenz zur Nördlichen Dimension mit dem gemeinsamen Vorhaben aller vier Partner innerhalb der Dimension zur Bildung eines „Forums“, die unveränderte Unterstützung für die Entwicklung einer Europäischen Meerespolitik und die notwendige Kooperation in der nördlichen Region durch den Aufbau von Netzwerken. Eingang in die Resolution der 16. Ostseeparlamentarierkonferenz hätten die vorgeschlagene Bildung einer Arbeitsgruppe „Energie und Klimawandel“ sowie einer Arbeitsgruppe zu dem

Komplex „Arbeitsmarkt und Soziale Wohlfahrt“ gefunden. Darüber hinaus solle mit einer Anpassung der Geschäftsordnung eine formelle Basis für den neuen gemeinsamen Finanzierungsmechanismus des BSPC-Sekretariats auf der Basis der Kostenteilung geschaffen werden.

In Vertretung des Außenministers der Bundesrepublik Deutschland stellte der Staatsminister für Europa im Auswärtigen Amt, **Günter Glos**, in seiner Ansprache fest, nicht ohne Grund schaue man auf den Ostseeraum, wenn man am Schwarzen Meer oder auch auf dem Balkan nach Vorbildern für eine erfolgreiche Kooperation suche. Das Potenzial des Ostseeraums sei aber bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Zu den spezifischen regionalen Interessen aller Anrainerstaaten gehörten auch zukünftig die Wirtschaftsentwicklung der Region, die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger angesichts der organisierten Kriminalität und des Menschenhandels in der Region und der große Fonds gemeinsamer geschichtlicher und kultureller Erfahrungen. Das besondere Interesse Deutschlands als Anrainerstaat gelte dem Erhalt und Schutz der Ostsee. Die Arbeiten am Aktionsplan zum Schutz der Ostsee begrüße er deshalb ausdrücklich. Im Übrigen sei die praktische und ergebnisorientierte Zusammenarbeit im Ostseeraum eine weitere Möglichkeit, Russland in das europäische Beziehungsgeflecht einzubinden und mache eine Verstärkung der Ostseekooperation alternativlos. Die Ostseeregion solle als eine Modellregion für nachhaltiges und wissensbasiertes Wirtschaftswachstum weiter entwickelt werden.

Als Vertreter des EU-Kommissars für Energiefragen sprach dessen Kabinettschef **Andris Kesteris**. Zu den Ursachen der energiepolitischen Herausforderungen für den Ostseeraum gehörten die erheblichen Energieimporte, der Klimawandel und die Globalisierung der Energiemärkte. Mit Blick auf die Energieversorgungssicherheit hätten sich in den letzten Jahren Defizite bei der Entwicklung der strategischen Energiebeziehungen von EU und Russland offenbart. Es wäre nicht klug, die Energiezusammenarbeit mit einem Land zu vermeiden, das die größten Energieressourcen kontrolliere. Die europäisch-russischen Beziehungen müssten aber auf gegenseitigem Zugang zu den Märkten und der Infrastruktur, Respekt für getätigte Investitionen und Transparenz bei der Festlegung von Energiepolitiken und Entscheidungen beruhen. Vor diesem Hintergrund werde die Kommission das Projekt der Nordstream Gas-Pipeline bewerten, die Russland fest an die europäischen Märkte binden solle. In Umweltschutzfragen dürfe es dabei jedoch keine Kompromisse geben. Die ausstehende Entscheidung zur Zukunft der Druschba Öl-Pipeline sei für die Europäische Kommission von gleichem Interesse. Die EU dürfe sich jedoch nicht nur auf einen Lieferanten verlassen, sondern müsse die Versorgung diversifizieren, auch wenn dies nicht immer neue Leitungen und die Lieferung aus weit entfernten Regionen bedeute. Die Europäische Kommission werde praktische Schritte und regionale Initiativen unterstützen, die die Solidarität zwischen den Mitgliedsländern für den Fall von Lieferunterbrechungen u. ä. ermöglichen. Um „Energieinsellagen“ zu vermeiden, habe die EU der Ver-

bindung der Fernleitungsnetze von Litauen und Polen sowie Polen und Deutschland Priorität eingeräumt. Die Kommission würde gern weitere Anbindungsprojekte in der Region unterstützen. Mit Blick auf erneuerbare Energien begrüße er das Ziel der Resolution der Ostseeparlamentarierkonferenz, den Ostseeraum zur Modellregion für erneuerbare Energien in Europa zu machen. Die Erfahrung und das angestrebte Ziel seien hilfreich für die Kommission, die vor Ende 2007 einen neuen Richtlinienentwurf zu erneuerbaren Energien vorlegen werde. In Bezug auf Energieeffizienz gebe es eine große Kluft zwischen alten und neuen EU-Mitgliedsländern. In diesem Zusammenhang begrüße die Kommission das schnell wachsende Interesse Russlands an Energieeffizienzmaßnahmen. Dadurch könnten negative Folgen für die Umwelt vermieden und mit Blick auf das eingesparte Gas und Öl die Energieversorgungssicherheit Europas erhöht werden. Schließlich müsse der EU-Binnenmarkt im Energiebereich vollendet werden. Deshalb werde die Kommission im Herbst 2007 ein drittes Paket gesetzlicher Maßnahmen zur Liberalisierung vorschlagen.

Über die Aktivitäten im Rahmen der Energiepolitischen Kooperation im Ostseeraum (Baltic Sea Region Energy Cooperation – BASREC) informierte **Nils Freivalds**, Stellvertretender Direktor der Abteilung Energie im Ministerium für Wirtschaft in Lettland, die Konferenzteilnehmerinnen und -teilnehmer. Im Rahmen des Netzwerks BASREC finde ein Austausch von Informationen und Fähigkeiten zwischen den beteiligten Ländern und Institutionen statt, d. h. den Regierungen von Dänemark, Estland, Finnland, Deutschland, Island, Lettland, Litauen, Norwegen, Polen, Russland und Schweden. Die Europäische Kommission sei vertreten durch die Generaldirektion Verkehr und Energie. Zu den Herausforderungen für die baltischen Länder gehöre die Schließung des Atomkraftwerks Ignalina in Litauen bis 2009 und die Abhängigkeit von fremdem Öl und Gas. Um unabhängig von Energieimporten zu werden, sei langfristig ein neues Atomkraftwerk notwendig. Außerdem müsse der Bereich der erneuerbaren Energien ausgebaut werden. Bei der Förderung der Energieeffizienz müssten Hersteller- und Verbraucherseite gleichermaßen einbezogen werden. Zu Lettlands Prioritäten im Rahmen der energiepolitischen Kooperation im Ostseeraum gehörten eine multinationale Konferenz zur Umsetzung der europäischen Energieeffizienzrichtlinie, ein Seminar zur europäischen und nationalen Gesetzgebung im Bereich der erneuerbaren Energiequellen sowie die angestrebte Zusammenarbeit von BASREC mit den Zusammenschlüssen der Kraftwerksbetreiber und der Gasunternehmen im Ostseeraum.

Die Energieversorgungssicherheit stand auch im Mittelpunkt der Ansprache von **Rafal Wiśniewski**, Staatssekretär im Außenministerium der Republik Polen. Der Schutz der Ressourcen sei Ausgangspunkt für die wichtige Zusammenarbeit auch in anderen Bereichen. Energiepolitik habe für Polen auch eine sicherheitspolitische Dimension. Die Ostseeanrainer hätten ein Interesse an der Diversifizierung, und Polen freue sich, dass die Europäische Union Energiefragen hohen Stellenwert einräume. Solidarität sei wichtig, um die Energieversorgungssicherheit

zu gewährleisten. Berücksichtigt werden müssten die Interessen aller Mitgliedsländer. Eine Liberalisierung der Märkte sei nicht denkbar bei Monopolstrukturen auf Erzeugerseite. Markttransparenz sei wichtig. Deshalb dürften die Versorgungsnetze nicht in der Hand der Erzeuger sein. Wichtig sei auch der Umweltschutz, und den Befürchtungen der Anrainer müsse Rechnung getragen werden. Polen halte das Nordstream-Projekt mit Blick auf die Nähe der Pipeline zu den auf dem Meeresgrund lagernden Chemiewaffen für gefährlich. Es sei vorteilhafter und sicherer, zwischen Russland und Deutschland eine Leitung auf dem Festland zu bauen. Auch bei der Entscheidung über die Pipeline müsse das Solidaritätsprinzip berücksichtigt werden. Projekte, die die Umweltstandards nicht erfüllten, müssten durch Alternativen ersetzt werden.

Zu Beginn der Plenardiskussion über die Zusammenarbeit im Ostseeraum in Energie- und anderen Fragen dankte Ko-Vorsitzender **Wladimir Nikitin**, Mitglied der russischen Duma, dem Leiter der gastgebenden deutschen Delegation, PStS Franz Thönnies, MdB, der in seiner Eröffnungsrede eine vertiefte europäisch-russische Zusammenarbeit als ein Ziel der Ostseeparlamentarierkonferenz genannt hatte. Diese Kooperation dürfe nicht von dritter Seite gestört werden. Er verwahre sich gegen die von Georgien erhobenen Anschuldigungen gegen Russland. Die Konflikte um Abchasien und Süd-Ossetien müssten friedlich gelöst werden. Die Ostseeparlamentarierkonferenz könne im Übrigen einen Beitrag zur Verbesserung des gegenseitigen Verständnisses leisten.

In der folgenden Aussprache meldeten sich die Parlamentarier Ole Stavad (Dänemark), Renate Holznagel (Mecklenburg-Vorpommern), Yagya Vatanyar (St. Petersburg), Steen Gade (Dänemark), Dorota Arciszewska-Mielewczyk (Polen) und Mikhail Mrykhin (Karelien) zu Wort.

Während **Ole Stavad**, Mitglied des dänischen Folketing, von den nordischen Ländern eingebrachte Änderungsanträge zum Resolutionsentwurf begründete, in denen es um die Rolle der Parlamentarier bei der Reform des Ostseerates ging, und **Renate Holznagel**, MdL aus Mecklenburg-Vorpommern, die Vorbereitung der Ostseeparlamentarierkonferenzen in thematischen Arbeitsgruppen als bewährtes Prinzip begrüßte, schlug **Steen Gade**, ebenfalls Mitglied des dänischen Folketing, vor, das Mandat der geplanten Arbeitsgruppe „Energie und Klimawandel“ auch auf Fragen der Energieeffizienz zu erweitern. Außerdem müsse auf Arbeitsgruppenebene auch über die Anpassung der Gesetzgebung im Bereich des Umweltschutzes im Ostseeraum nachgedacht werden. **Dorota Arciszewska-Mielewczyk**, Mitglied des polnischen Senats, griff die vorausgegangenen Anmerkungen des Staatssekretärs im Außenministerium ihres Landes auf und bezeichnete das Nordstream-Projekt als unfreundliches Vorgehen gegen Polen. Mit dem Projekt würden für Russland durch die Lieferung nach Deutschland neue Handlungsmöglichkeiten geschaffen, während gleichzeitig Polen und die baltischen Länder abgekoppelt würden. Zu dem Problem der Energieversorgungssicherheit für das Baltikum und Polen kämen mit Blick auf die am Meeresgrund korrodierende Munition ökologische Ge-

fahren hinzu, Rettungsaktionen würden erschwert, weil die Ankerzonen reduziert würden, und Fragen im Zusammenhang mit dem Kampf gegen den Terrorismus seien unzureichend beantwortet. Ein terroristischer Anschlag könne schließlich ebenfalls eine ökologische Katastrophe auslösen. Befürchtet werden müssten ferner verstärkte Aktivitäten von Nachrichtendiensten in der Region. Wirtschaftliche Analysen allein seien deshalb keine ausreichende Grundlage für eine Entscheidung über den Bau der Pipeline, andernfalls bleibe der Solidaritätsgedanke beim Nordstream-Projekt außen vor. Die Vizepräsidentin des Landtags von Mecklenburg-Vorpommern, **Renate Holznagel**, bezeichnete in ihrer Rede die Energieproblematik als die zentrale politische Herausforderung unserer Zeit. Deswegen sollten den gemeinsamen Zielen des Europarats und der Europäischen Kommission – höhere Energieeffizienz und niedrigere Treibhausgasemissionen in der europäischen Wirtschaft – schnellstmöglich konkrete Maßnahmen folgen. Das Grünbuch mit dem Titel „Eine europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie“ habe die Kernbereiche für die Verabschiedung von neuen Aktionsplänen klar definiert, wie die Reduzierung von Treibhausgasen, die Förderung erneuerbarer Energiequellen sowie die Verbesserung der Energieeffizienz und die Förderung umweltverträglicher Technologien für die Nutzung fossiler Brennstoffe. Sie betonte, dass mit der Umsetzung dieser Ziele das Ostseegebiet zu einer Modellregion für erneuerbare Energiequellen in Europa werden könne, woran man gemeinsam arbeiten müsse.

Yagya Vatanyar, Mitglied des Stadtparlaments von St. Petersburg, schlug in diesem Zusammenhang als konkretes Projekt einer vertieften Zusammenarbeit im Ostseeraum vor, die Ostsee zu reinigen und z. B. von den verklappten chemischen Kampfstoffen zu säubern. Kritisch sei im Übrigen mit Blick auf den Prozess der Annäherung der Ostseeanrainer die Haltung einiger Ostseeanrainer zu dem von den USA geplanten Raketenabwehrsystem.

Den Vorsitz der zweiten Sitzung zum Thema „Arbeit und soziale Wohlfahrt“ übernahmen **Sinikka Bohlin**, Mitglieds des schwedischen Riksdag und PStS **Franz Thönnies**, MdB.

Franz Müntefering, Bundesminister für Arbeit und Soziales der Bundesrepublik Deutschland, forderte in seiner Ansprache „Arbeit und soziale Wohlfahrt in der Ostseeregion“ eine vernünftige Zusammenarbeit zur Optimierung der Politik mit der Zielsetzung, auf langfristige Sicht Arbeit und Wohlstand in der Ostseeregion zu schaffen. In seiner Rede ging Müntefering auf die soziale Dimension Europas, die Mobilität von Grenzgängern sowie die Thematiken Energieeffizienz und Umwelt ein. Im ersten Teil seiner Ansprache betonte Müntefering den Bedeutungszuwachs der Ostseeregion innerhalb der Europäischen Union sowie das Primat der Politik bei der Formulierung von Zielen für soziale Wohlfahrt, soziale Sicherheit und Arbeit. Die wichtigsten Faktoren seien dabei Ökonomie, Ökologie und Soziales. Seiner Meinung nach könne es eine kohärente und gute Politik nur geben, wenn diese drei Bereiche aufeinander abgestimmt wären. Im zweiten

Teil seiner Rede nahm Müntefering im Speziellen Bezug auf die soziale Dimension Europas. Diese basiere auf drei wesentlichen Gemeinsamkeiten: Der Idee der sozialen Partnerschaft, d. h. der Zusammenarbeit zwischen Politikern, Vertretern von Unternehmen und Arbeitnehmern, um durch aktive Auseinandersetzungen Fortschritte zu erzeugen und den richtigen politischen Weg einzuschlagen, der Idee des sozialen Marktes, welche auf dem Eingreifen durch politische Regulierung basiere, um einer Herrschaft des Geldes entgegen zu wirken und die Infragestellung der Souveränität der Nationalstaaten und der Politik im Allgemeinen durch die Finanzindustrie zurückzuweisen und der Idee des sozialen Staates, der Solidarität innerhalb der Gesellschaft organisiere, um Sicherheit zu schaffen. Um die drei Grundgemeinsamkeiten der sozialen Dimension Europas zu realisieren, bedürfe es jedoch der Idee der guten Arbeit, und deswegen stehe an erster Stelle die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in der Ostseeregion und innerhalb der Europäischen Union. Laut Müntefering nehme mit dem immensen Bevölkerungswachstum der Bedarf an Arbeit zu und nicht ab. Wichtig sei in diesem Zusammenhang vor allem die Debatte über die Ausbildung von Fachkräften, denn der Wohlstand in Europa sei nur zu halten, wenn Europa eine Hochleistungsregion bleibe. Ein besonderes Augenmerk gelte ferner der Chancengleichheit, welche in Bezug auf die Unterschiede bei der Erwerbstätigkeit von Frauen sowie der Arbeitslosigkeit von jungen und älteren Menschen in den einzelnen Ländern der Ostseeregion deutlich zu Tage trete. Um die Wohlstandsgesellschaft zu sichern, sollte man altersgerechte und altengerechte Arbeit schaffen. Dabei sprach sich Müntefering für ein höheres Renteneintrittsalter aus. Die Idee der guten Arbeit beinhalte überdies die Debatte um Mindestlöhne sowie die Humanisierung der Arbeitswelt und müsse zudem familienfreundlich gestaltet sein. Eine wichtige Rolle für die soziale Zukunftsfähigkeit Europas besitze des Weiteren die Flexibilität der Arbeitnehmer und die Sicherheit, welche durch die Unternehmen zu gewährleisten seien, damit einseitige Lasten zu Ungunsten der Arbeitnehmer nicht entstünden. Ein weiteres Thema seiner Ansprache war die wachsende Mobilität von Arbeitnehmern, welche neue Fragen im Bereich der Sozial-, Arbeitslosenversicherung und den Familienleistungen aufwerfe. Müntefering schlug in diesem Zusammenhang bilaterale Verträge zwischen den europäischen Staaten vor, um Konsequenzen, die zum Nachteil der Betroffenen seien, zu vermeiden. Zum Schluss seiner Rede unterstrich Müntefering nochmals die zentrale Bedeutung der internationalen Zusammenarbeit und hob hervor, dass Wohlstand nur durch Wachstum zu sichern sei, und um dieses anzukurbeln, brauche man Energie. Er plädierte dabei für eine verbesserte Energieeffizienz im Hinblick auf die Einsparung von Energie und eine möglichst geringe Belastung der Umwelt. Es sei unabdingbar, in den nächsten 40 bis 50 Jahren eine weltweite Energiepolitik zu entwickeln, die die Erde insgesamt entlaste, denn anderenfalls würden sich Belastungen aus einer Entwicklung ergeben, die heute noch gar nicht absehbar sei, aber in jedem Fall dramatisch verlaufen könne.

Der Generaldirektor der Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit der Europäischen Kommission, **Nikolaus van der Paas**, eröffnete seine Rede mit einer Gratulation an Deutschland für eine gelungene EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007. Er befasste sich mit der Bedeutung von Arbeitsmarktfragen in den Mitgliedstaaten der EU und den Staaten der Ostseeregion. Dabei betonte er, wie wichtig es sei, das Gespräch untereinander über Beschäftigung und Wohlfahrtspolitik zu suchen. Es gebe eine reiche Erfahrung an Zusammenarbeit, die die Grundlage für Frieden, Stabilität und Wohlstand in Europa bilde. Aufgabe der Europäischen Kommission sei es, Gesetze in Bezug auf Chancengleichheit, Arbeitsbedingungen und soziale Angelegenheiten zu verabschieden, die ein wichtiger Bestandteil zur Sicherung der Wohlfahrt der Menschen in Europa seien. Dabei verfolge die Europäische Union verschiedene Strategien, wie z. B. die Strategie von Lissabon, deren Ziel es sei, die Wettbewerbsfähigkeit zwischen allen Mitgliedsländern herzustellen und zu verbessern. Die soziale Dimension müsse bei der Weiterverfolgung der Strategie von Lissabon aber deutlicher werden. Er unterstrich, dass die Verantwortung für die Erreichung und Umsetzung der gemeinsamen Ziele bei den Mitgliedstaaten liege. Er stimmte dem Bundesminister für Arbeit und Soziales, Franz Müntefering, zu hinsichtlich seiner Vorstellungen über ein soziales Europa und die Gestaltung zukünftiger sozialer Standards. Produktive Arbeitsverfahren, Flexibilität und Koordinierung seien wichtige Schritte in diese Richtung. Bei den Gesetzen und Beschlüssen auf EU-Ebene dürfe das Prinzip der Subsidiarität nicht außer Acht gelassen werden. Manchmal gehe die Arbeit langsam voran, weil 27 Mitgliedstaaten und eine Reihe von Institutionen beteiligt seien, aber es gebe eine kontinuierliche Entwicklung, auch im Bereich Beschäftigung. Als Beispiel erwähnte van der Paas das Rentensystem, das derzeit erörtert werde – eine Maßnahme, die noch vor wenigen Jahren nicht möglich gewesen wäre. Er lobte das Modell der Flexicurity, warnte jedoch davor, es ohne eingehende Untersuchungen auf alle Staaten zu übertragen. Die Herbeiführung einer verstärkten Flexibilität der Unternehmer und von mehr Sicherheit für die Arbeitnehmer sollte mit unterschiedlichen Mitteln angegangen werden. Noch immer gebe es Spannungen zwischen einem ökonomischen und einem holistischen sozialen Ansatz. Je höher die Wettbewerbsfähigkeit in einer Gesellschaft, umso größer müsse der soziale Zusammenhalt sein. Auch van der Paas konnte sich die Ostseeregion als eine Modellregion vorstellen, die benachbarten Staaten ein beispielhaftes Vorgehen und bestmögliche Verfahren aufzeigen könne.

Der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes Bezirk Nord und Mitglied des Baltic Sea Trade Union Network (BASTUN), **Peter Deutschland**, betonte einleitend die Bedeutung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit von Gewerkschaften. Er gab einen Überblick über die Aktivitäten des interregionalen Gewerkschaftsverbandes BASTUN, der eine Dachorganisation der Ostseegewerkschaften sei. Ziel dieser Organisation sei es u. a., Visionen und Ideen für den Ostseeraum zu ent-

wickeln, die soziale Gerechtigkeit und Wohlstand und mehr und bessere Arbeitsmöglichkeiten herbeiführen könnten. Wirtschaftliche Entwicklung würde nicht automatisch zu besseren Lebensbedingungen führen. Wichtig sei dabei, die Standpunkte der verschiedenen Gesellschaften zu berücksichtigen und alle Arbeitsmarktaspekte gemeinsam zu erörtern. So weise Russland z. B. großen wirtschaftlichen Dynamismus auf und verfüge über wirtschaftliche Verbindungen zur EU, habe jedoch Probleme im sozialen Bereich. Niedrigere Einkommen hätten zwangsläufig Auswirkungen auf den sozialen Wohlstand. Er zeigte sich jedoch optimistisch, dass diese Probleme schrittweise verringert werden könnten. Peter Deutschland ging auch auf die Frage der sozialen Sicherheit und der sozialen Verantwortung von Unternehmen ein, die in andere Länder expandierten. Faire und gute Arbeitsbedingungen müssten gewährleistet werden. Er forderte vergleichbare politische Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Die Region könne zu einem riesigen Arbeitsmarkt werden, in dem eine über Grenzen hinweg bestehende Mobilität nicht durch Dumping-Löhne negativ beeinflusst werden dürfe. Mindestlohn sei nicht der richtige Weg für alle Länder, für Deutschland sei er aber sicher eine richtige Lösung. Grenzüberschreitende Arbeitsmärkte funktionierten nur dort, wo Menschen ausreichend über die Arbeitsbedingungen informiert würden.

Sverker Rudeberg, Mitglied des schwedischen Unternehmerverbands und Vertreter von BusinessEurope, befasste sich mit dem Thema: „Mobilität von Arbeitnehmern – Die Herausforderung für den europäischen Arbeitsmarkt“. Dabei ging Rudeberg zunächst auf die Problematik der Übergangsregelungen auf dem europäischen Arbeitsmarkt im Hinblick auf die Mobilität der Arbeitnehmer ein und gab entsprechende Empfehlungen dazu ab. Im zweiten Teil seiner Rede nannte er sechs Politikfelder, die wichtig seien, um das Funktionieren des europäischen Arbeitsmarkts zu verbessern. Er stellte dabei verschiedene Ansätze vor, die diesen Prozess unterstützen könnten. Rudeberg hob deutlich hervor, dass für BusinessEurope die Freizügigkeit der Arbeitskräfte der wichtigste Grundsatz sei. Er sehe jedoch ein, dass die zunehmende Mobilität durchaus zu Problemen in bestimmten Sektoren des Arbeitsmarktes führen könne, wodurch Übergangsregelungen auf nationaler Ebene notwendig würden. Jedoch nahm Rudeberg gegenüber dieser Position eine sehr kritische Haltung ein, da seiner Ansicht nach die meisten dieser Regelungen auf unbegründeten Ängsten und nicht auf gründlichen Analysen von Fakten beruhten. Daher empfahl er eine starke Einschränkung der Übergangsmaßnahmen bzw. ihre komplette Einstellung. Übergangsregelungen machten nur einen Sinn bei einer strukturellen Reform des Arbeitsmarkts. Außerdem bestehe die große Gefahr, dass mit diesen Regulierungsformen nur die ehrlichen Arbeiter benachteiligt würden und nicht die Schwarzarbeit bekämpft werde. Im zweiten Teil seiner Rede befasste sich Rudeberg mit den Herausforderungen für den europäischen Arbeitsmarkt. Das Arbeitsumfeld müsse verbessert werden, um Innovationen und die Schaffung von Arbeitsplätzen durch die Umge-

staltung der regulativen, finanztechnischen und administrativen Bedingungen sowie die Integration der Märkte auf europäischer Ebene zu fördern. Des Weiteren forderte Rudeberg die Umwandlung der Jobsicherheit in Beschäftigungssicherheit unter Einbezug des Flexibilitätsansatzes mit dem richtigen Mix aus ökonomischen und sozialen Maßnahmen. Sein dritter Punkt bezog sich auf die Senkung der Lohnkosten, um die Nachfrage nach Arbeitnehmern zu steigern. Dies könne jedoch nur durch die Senkung der Sozialbeiträge garantiert werden. Das vierte politische Feld betreffe die Gestaltung eines Steuer- und sozialen Sicherungssystems, um Arbeitsanreize zu schaffen und das Angebot an Arbeitsplätzen zu erhöhen. In einem weiteren Punkt forderte Rudeberg die Förderung des lebenslangen Lernens sowie der geographischen und beruflichen Mobilität. Eine wichtige Funktion sehe er bei den Maßnahmen zur Integration benachteiligter Gruppen in den Arbeitsmarkt. Nach seiner Ansicht habe Europa in diesem Prozess eine Schlüsselrolle als Überwachungsinstanz über die einzelnen Reformen in den Mitgliedstaaten und Garant der Nachhaltigkeit der europäischen Arbeitsmarktstrategie und des europäischen Wachstums.

Der Vizepräsident der Baltischen Versammlung und Leiter der estnischen Delegation, **Trivimi Velliste**, befasste sich in seinen Ausführungen mit verschiedenen Aspekten und Tendenzen des Arbeitsmarktes und den damit verbundenen Herausforderungen sowohl in den baltischen Staaten generell als auch insbesondere in Estland. Dabei ging er besonders auf Migrationsfragen und auf die Arbeitseffizienz ein. Velliste stellte fest, dass die Tagesordnung der parlamentarischen Zusammenarbeit im zunehmenden Maße von grenzüberschreitenden Fragen bestimmt werde, deren Lösung einen regionalen Ansatz erfordere. Er wies darauf hin, dass die Bevölkerung in Europa, auch in der Ostseeregion, von einer Überalterung gekennzeichnet sei und die Zahl der Arbeitnehmer abnehme. Gleichzeitig gebe es auf anderen Kontinenten, z. B. in Asien, einen extremen Bevölkerungszuwachs und einen hohen Anteil an jungen Menschen, die das zukünftige Arbeitspotenzial bildeten. Für die Ostseeregion bedeute diese Ausgangslage, dass gemeinsame Anstrengungen unternommen werden müssten zur Stärkung der Familie, zur Verbesserung des Lebensstandards und der Qualität und Effizienz des Arbeitskräftepotenzials, um auf dem weltweiten Arbeitsmarkt wettbewerbsfähig zu bleiben. Investitionen in das Arbeitskräftepotenzial und neue Technologien seien ein Eckpfeiler der Wettbewerbsfähigkeit in allen EU-Mitgliedstaaten. Mit Stolz könnten die baltischen Staaten in den vergangenen Jahren auf eine sehr schnelle Entwicklung und Verbesserung der Lebensbedingungen hinweisen. Zur Fortsetzung dieser harmonischen und nachhaltigen Entwicklung sei es jedoch wesentlich, dass wichtige Probleme und Tendenzen des Arbeitsmarktes gemeinsam angegangen würden. Im Mittelpunkt aller Überlegungen müsse aber der Mensch stehen. Die Menschen seien der wichtigste Faktor bei einer langfristigen Perspektive. Deshalb gehörten Bildung, soziale Sicherheit und Nachhaltigkeit zu den Hauptprioritäten des Rates der Ostseestaaten. Der Beitritt der baltischen Staaten zur Europäischen Union habe zahlreiche Herausforderungen für die

baltischen Arbeitsmärkte mit sich gebracht. Ohne Zweifel würden die Arbeitsmärkte in den baltischen Staaten stark durch Entwicklungen in der übrigen Europäischen Union beeinflusst werden. Die Freizügigkeit der Arbeitskräfte in den neuen EU-Mitgliedstaaten sei eine Entwicklung, die soziale, wirtschaftliche und politische Fragen aufwerfe, Veränderungen bei der Struktur der nationalen Arbeitskräfte mit sich bringe, Abwanderungen hochqualifizierter Arbeitnehmer und die rasche Zunahme von Löhnen und Gehältern begünstige, was manchmal für die Arbeitseffizienz nicht förderlich sei, und sogar soziale Spannungen erzeugen und die Nachhaltigkeit des sozialen Wohstandssystems in den baltischen Staaten gefährden könne. Diese Tendenzen würden für alle drei baltischen Staaten gelten. Es sei ganz klar, dass es nach dem Beitritt zu der EU in den baltischen Staaten eine Auswanderungswelle gegeben habe. Die Möglichkeit, höhere Löhne zu erzielen, sei der wichtigste, aber nicht der einzige Grund, weshalb die Menschen ihre Heimatländer verließen. Oft sei eine Kombination von mehreren Faktoren der Grund für die Auswanderung: Niedrige einheimische Löhne, Schwierigkeiten im privaten und beruflichen Leben, schlechte Arbeitsbedingungen, mangelnde Chancen für ein Weiterkommen, zu wenig Unterstützung durch den Staat, die Gemeinde, Familie oder Freunde. Andererseits gebe es in den alten EU-Mitgliedstaaten ein bemerkenswertes Maß an sozialer Sicherheit und Stabilität, bessere Chancen für Bildung, einschließlich eines lebenslangen Lernens und einer beruflichen Weiterbildung. Die Auswanderung aus den baltischen Staaten habe sowohl positive als auch negative Aspekte. Zu den positiven Aspekten der Auswanderung gehörten zunehmende Beschäftigung und eine Verbesserung der Lebensbedingungen sowie Anreize für den inländischen Arbeitsmarkt, insbesondere bei Gruppen wie Studenten, jungen Müttern, behinderten Menschen und Menschen im Vorruhestandsalter. Diejenigen, die zurückkehrten, brächten neue Fähigkeiten, Erfahrung, neues Wissen und neue Kontakte mit sich, die in der einheimischen Unternehmenswelt wirksam eingesetzt werden könnten. Um die Arbeitskräfte im Lande zu behalten, käme den Unternehmern eine wichtige Rolle zu. Wenn Löhne, Gehälter und Arbeitsbedingungen zufriedenstellend seien, hätten die Menschen keinen Grund, das Land zu verlassen. Noch wichtiger sei die Motivation der Arbeitnehmer. Die von staatlicher Seite zur Verfügung gestellte Unterstützung spiele eine wichtige Rolle. So sei z. B. die Weiterentwicklung von Infrastrukturen und die Verbesserung des tagtäglichen Umfelds ein Anreiz für die Menschen, in ihrem Land zu bleiben. Velliste befasste sich ebenfalls mit dem Zufluss ausländischen Kapitals, welches zu wirtschaftlichem Fortschritt, auch durch zunehmende Beschäftigungszahlen und eine höhere Arbeitsproduktivität, führe. Dies wiederum beinhalte Investitionen in den Bereichen Forschung und Entwicklung. Abschließend stellte Velliste fest, dass neben den politischen Instrumenten, wie eine effiziente und nachhaltige Migrationspolitik in Bezug auf den Arbeitsmarkt, nachhaltige Entwicklung und soziale Sicherheit, verbesserte Sozialleistungen und ein umfassendes Bildungssystem zum Zuge kommen müssten, um stabile und sichere Arbeitsmarktentwicklungen in den baltischen Staaten zu ge-

währleisten. Dies wiederum werde zur Verbesserung der Beschäftigungslage und Wohlfahrtssituation in der Ostseeregion insgesamt beitragen.

In der anschließenden Plenardebatte stimmte der Vorsitzende der deutschen Delegation, PStS **Franz Thönnies**, MdB, Minister Muntefering dahingehend zu, dass das Angebot an Arbeitskräften ein zentraler Punkt einer funktionierenden Zivilgesellschaft sei, in der soziale Sicherheit für alle zu garantieren sei. Er unterstrich die Notwendigkeit, im Rahmen der Ostseeparlamentarierkonferenz eine parlamentarische Arbeitsgruppe zu diesem Thema einzusetzen. Die Vizepräsidentin des Europäischen Parlamentes, **Diana Wallis**, MdEP, betonte, dass Beschäftigung und soziale Wohlfahrt von zentraler Bedeutung für die Gesamtfrage der Freizügigkeit von Menschen und Arbeit seien. Ihrer Auffassung nach solle sich die EU um zukunftsgerichtete Wege der Zusammenarbeit bemühen, insbesondere mit den neuen Nachbarn und den politischen Partnern der Nördlichen Dimension. Diese Zusammenarbeit könne auf den Erfolgen des EU-Binnenmarktes aufbauen und sicherstellen, dass keine neuen Grenzen geschaffen würden, insbesondere im Hinblick auf die neue Wirtschaftsregion Ostsee, die eine von Zusammenhalt und Solidarität geprägte Region sein könne. **Anke Spoorendonk**, Mitglied des Landtags von Schleswig-Holstein, befasste sich mit der Lage der Minderheiten in der Region. Ihrer Ansicht nach seien die Minderheiten von besonderer Bedeutung für die gesamte Region. Eine friedliche Entwicklung in einer Grenzregion sei nur möglich, wenn man sich auf gleicher Augenhöhe begegne. Minderheiten erfüllten auch die Funktion eines Brückenbaus, wie am Beispiel des deutsch-dänischen Grenzgebietes zu beobachten sei. Sie sprach der dänischen und der deutschen Regierung Anerkennung für ihren Umgang mit Minderheiten aus und begrüßte die grenzüberschreitende Kooperation, die durch den Aufbau spezieller Netzwerke unterstützt werde. Sie begrüßte auch den Vorschlag, eine Arbeitsgruppe zum Thema Arbeit und soziale Wohlfahrt einzurichten und bemerkte, dass bei diesem Thema nicht nur technische Fragen behandelt werden sollten, sondern auch „weiche Aspekte“ zu berücksichtigen seien. Die Vizepräsidentin des Nordischen Rates und Mitglied des schwedischen Riksdag, **Berit Brörby**, stellte fest, dass einige der Ostseeanrainerstaaten einen Arbeitskräftemangel zu verzeichnen hätten, während andere unter Arbeitslosigkeit litten. In diesem Bereich wäre eine Zusammenarbeit aller Parteien, Einzelpersonen, Familien und Staaten nützlich. Die Sicherstellung angemessener Löhne für Wanderarbeitnehmer sei im Kampf gegen Sozialdumping und dessen negative Auswirkungen von entscheidender Bedeutung. Sie rief zu mehr Zusammenarbeit auf, um die Stabilität in der Region insgesamt sicherzustellen. **Svend Erik Hovmand**, Mitglied des dänischen Folketing, bezog sich auf die Erfahrungen des dänischen Arbeitsmarktes und der dänischen Arbeitskräfte, die in Deutschland und Polen tätig seien. Er betonte die neuen Herausforderungen für den Arbeitsmarkt in der Region und stellte das größte Infrastrukturprojekt der Ostseeregion in den kommenden Jahren, den Bau einer neuen Brücke zwischen Dänemark und Deutsch-

land, vor. Die Arbeitsintensität dieses Objektes würde Arbeitskräfte aus dem gesamten Ostseeraum beanspruchen. Hovmand rief dazu auf, Arbeitsmarktregelungen und Gesetze stärker zu respektieren, um die Lage der Wanderarbeitnehmer zu stärken.

Den Vorsitz der dritten Sitzung zum Thema „Integrierte Meerespolitik in der Ostseeregion“ übernahmen **Indulis Emsis**, Parlamentspräsident von Lettland, und **Martin Kayenburg**, Präsident des Landtags von Schleswig-Holstein.

Sigmar Gabriel, Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, gab zum Thema integrierte Meerespolitik eine Stellungnahme hinsichtlich der aktuellen Entwicklung der Europäischen Meeresschutz- und Meerespolitik ab, da diese derzeit ganz oben auf der umweltpolitischen Agenda in Europa stehe. Kennzeichnend dafür sei die geplante Vorlage der Ergebnisse des Grünbuch-Konsultationsprozesses der Europäischen Kommission am 10. Oktober 2007 sowie die außerordentliche Sitzung der Helsinki-Kommission (HELCOM-EXTRA) am 15. November 2007 zur Verabschiedung des HELCOM Baltic Sea Action Plan und die zukünftige Verabschiedung der nationalen Meeresstrategie durch die Bundesregierung, welche Hand in Hand gehe mit der Verabschiedung der Europäischen Meeresstrategie-Richtlinie im ersten Halbjahr 2008. Die Problematik bestehe darin, dass die Meere zu den am intensivsten genutzten, aber gleichzeitig am wenigsten geschützten Lebensräumen der Erde gehörten. Gabriel hob hervor, dass der Klimawandel besondere Auswirkungen auf die Meere habe, wie die Versauerung der oberen Wasserschichten aufgrund der hohen atmosphärischen CO₂-Konzentration und der Anstieg des Meeresspiegels infolge der Polarkappenschmelze zeigten. Die Auswirkungen des Klimawandels auf die Ostseeregion seien folglich von HELCOM in den Aktionsplan aufgenommen worden, wie Gabriel lobend anmerkte. Um den neuen Herausforderungen angemessen zu begegnen, stünden seiner Auffassung nach zwei Konzepte im Mittelpunkt: der Ökosystemansatz und der integrierte Politikansatz. Der bisherige sektorale Ansatz verfehle das Ziel. Es fehle an einem umfassenden Ansatz, der alle Politikbereiche bezüglich der Auswirkungen auf die Meeresqualität einbeziehe. Dies gelte insbesondere für die Bereiche Fischerei und Landwirtschaft sowie für die Schifffahrts-, Chemikalien- und Tourismuspolitik. Nur wenn es gelinge, die einzelnen Sektoren für die jeweils anderen Interessen und Belange zu interessieren und zu sensibilisieren, wenn man die Meere umfassend begreife, werde man mittel- und langfristig zu einer nachhaltigen Nutzung der Meere gelangen. Gleichzeitig forderte Gabriel, dass die Umweltpolitik auch andere, d. h. wirtschaftliche Interessen, an der nachhaltigen Nutzung der Meere zulassen und unterstützen müsse. Gabriel vertrat die Überzeugung, dass Meerespolitik auch Klimapolitik sei, weshalb man den Umweltveränderungen mit einem integrierten Ansatz begegnen müsse. So baue die Meeresstrategie-Richtlinie als ein wertvolles und effizientes Instrument auf dem Ökosystemansatz auf und beziehe auch andere Aspekte neben dem Meeresschutz mit ein. Das Grünbuch verfolge ebenfalls den sektorübergreifenden

Ansatz. Sowohl die Kommission als auch die Mehrheit der Mitgliedstaaten betrachteten die Europäische Meeresstrategie als Umweltsäule der zukünftigen Europäischen Meerespolitik. Seiner Meinung nach könnten Meereschutz und Meerespolitik in Europa nur erfolgreich sein, wenn die Potenziale der Regionen angemessen ausgeschöpft würden. Dies bedeute eine effektive Einbindung der Regionalkooperationen zum Schutz der Meeresumwelt. Deutschland setze sich dafür ein, den bestehenden regionalen Organisationen eine wesentliche Rolle bei der Umsetzung der zukünftigen EU-Meeresstrategie-Richtlinie zuzuweisen. In diesem Zusammenhang hob er lobend und anerkennend die Ostseeregion als kleinste der europäischen Meeresregionen hervor, welche im Rahmen der Helsinki-Kommission bereits entscheidende Vorstöße gemacht habe, die in die Erarbeitung des regionalen Aktionsplans, HELCOM Baltic Sea Action Plan, mit den vier thematischen Säulen Eutrophierung, gefährliche Stoffe, Biodiversität und maritime Aktivitäten eingeflossen seien. Gabriel betonte, dass Deutschland die HELCOM-Initiative zur Gestaltung des Maßnahmenkatalogs mit konkreten Vorgaben begrüße, da sie nach integrierten Lösungsansätzen suche, jedoch stünden der Annahme zahlreiche Vorbehalte aller HELCOM-Vertragsstaaten entgegen. Gabriel unterstrich dabei, dass man mit dem Aktionsplan die Chance und die Verantwortung habe, innerhalb der EU Wegbereiter für die Umsetzung der zukünftigen Europäischen Meeresstrategie zu werden. Er appellierte daher eindringlich, die Entwicklung des HELCOM Baltic Sea Action Plan zu unterstützen, da sein Scheitern politische und konkrete Auswirkungen haben würde, die weit über die Ostseeregion hinausgingen. Es drohe andernfalls ein Auseinanderbrechen der bisher erfolgreich bewahrten Einheit der Ostseeanliegerstaaten, was mit Blick auf die Zukunft der Meere verhindert werden müsste. Gabriel schloss seine Ausführungen mit dem Hinweis, dass man im Hinblick auf die Zukunft der Meere an einem Scheideweg stehe. Dass etwas getan werden müsse, stehe außer Frage. Die vor uns liegenden Herausforderungen verlangten ein gemeinsames erfolgreiches Vorgehen und ausreichende Einsatzbereitschaft.

Paul Nemitz, stellvertretender Leiter des Arbeitsstabes Meerespolitik der Europäischen Kommission für Fischerei und Maritime Angelegenheiten, sprach zum Thema „Entwicklung einer Europäischen Meerespolitik und ihre Bedeutung für die Ostseeregion“. Er unterstrich die Notwendigkeit einer integrierten Europäischen Meerespolitik. Er gab einen Überblick über den Prozess der Vorbereitung des politischen Grundsatzdokumentes, des Grünbuchs, für das mehr als 500 Beiträge eingegangen seien, davon allein 85 Beiträge aus der Ostseeregion. Das nächste Treffen in dieser Sache werde im Oktober 2007 stattfinden, wenn die Kommission über die Ergebnisse der Konsultationen berichten werde. Die Kommission hätte breite Unterstützung durch eine Vielzahl von Organisationen erhalten, was Fortschritte erleichtere. Nemitz konnte sich die Ostseeregion als eine Modellregion für eine integrierte regionale Zusammenarbeit in Europa vorstellen. Er befasste sich im Weiteren mit dem wirtschaftlichen Wachstum, dem maritimen Wachstum und dem

Wachstum der Bevölkerung in den Küstengebieten und erklärte, dass diese miteinander verflochten und für die Küstenregionen insgesamt von Vorteil seien. Gleichzeitig wies er darauf hin, dass ein ökologisch gesundes und nachhaltiges Wachstum die Maxime sein sollte. Ein weiterer Schwerpunkt seiner Ausführungen war die Schiffsicherheit und die Sicherheit der Seetransporte. In diesem Zusammenhang verwies er auf den HELCOM-Aktionsplan, der als eine Unterstützung der europäischen Bemühungen zu begrüßen sei. Eines der Hauptanliegen sei die Schiffsicherheit. In dieser Frage werde die regionale Zusammenarbeit nicht ausreichen, vielmehr sei eine Kooperation auf Ebene der Internationalen Meeresorganisation (IMO) und der EU eine Voraussetzung, um sicherzustellen, dass die Bestimmungen umgesetzt würden. Als ein Beispiel für Vorschläge im Hinblick auf die Europäische Meerespolitik nannte Nemitz Pläne zur Integrierung unterschiedlicher Überwachungsstellen in ein gemeinsames System innerhalb der Mitgliedstaaten. Die heutige Situation sehe so aus, dass mehrere Behörden eines nationalen Staates parallele Überwachungsfunktionen wahrnehmen. Eine Integration aller Überwachungsaktivitäten in eine Behörde würde Kosten und Investitionen reduzieren und die Effizienz verstärken. Im Hinblick auf das wirtschaftliche Wachstum seien Anstrengungen zur Koordinierung der maritimen Raumplanung und Stärkung der Kooperationsfähigkeiten im Hinblick auf die Nachhaltigkeit erforderlich. Der Schutz der maritimen Umwelt sei eine Voraussetzung für den Tourismus in den Küstengebieten, welcher eindeutig von einer sauberen Umwelt abhängig sei. Nemitz befasste sich auch mit dem Problem der Fischerei. Eine bessere Umsetzung der gemeinsamen Fischereipolitik sei ein essenzieller Punkt, um einen Kollaps der Fischbestände, insbesondere in der Ostseeregion, in der illegale Fischerei noch sehr häufig vorkomme, zu vermeiden. Die Umsetzung liege bei den EU-Mitgliedstaaten. Nemitz erklärte, dass es in dieser Hinsicht schon Fortschritte gebe, und dass den Worten Taten gefolgt seien. Mittlerweile würden derartige Verstöße strafrechtlich strenger verfolgt, und als Beispiel wies er auf ein Urteil in Frankreich hin, bei dem das Gericht eine hohe Geldsumme festgesetzt habe.

In der anschließenden Diskussion wies **Kurt Bodewig**, MdB, darauf hin, dass maritime Sicherheit auf stark befahrenen Seerouten ein wichtiger Punkt sei und ging auf die Rolle der nationalen Überwachung bei der neuen Europäischen Meerespolitik ein. Er erwähnte dabei das Galileo-Satellitennavigationssystem als ein Projekt, das weiter entwickelt werden müsse. **Dr. Christel Happach-Kasan**, MdB, äußerte ihre Besorgnis in Bezug auf illegale Fischerei und fragte nach Maßnahmen der Kommission. **Ivar Kristiansen**, Mitglied des norwegischen Parlaments, äußerte seine Befürchtungen hinsichtlich eines Scheiterns bei der Weiterverfolgung einer gemeinsamen Europäischen Meerespolitik. Auch er forderte nachdrücklich eine aktivere Umsetzung seitens der EU im Hinblick auf die Bekämpfung der illegalen Fischerei, die sowohl ein Wirtschafts- als auch ein Umweltverbrechen sei. **Paul Nemitz** erklärte, dass das System Galileo sehr wichtig für die Überwachung und Navigation sei. Zur Schifffahrt-

sicherheit stellte er fest, dass die Kommission das Programm für schiffahrtstechnische Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit unterstütze. Er verwies auf das Safe Sea Net. Die Agentur EMSA sammle Daten zu diesen Fragen. Die Mitgliedstaaten seien für die Implementierung verantwortlich, die Kommission wolle allerdings Anreize schaffen, dass dies geschehe. Auf die Frage, warum eine gemeinsame Meerespolitik bislang so wenig Erfolg habe, erklärte er, die Kommission schlage vor, aber der Ministerrat entscheide. **Manfred Ritzack**, Mitglied des Landtags von Schleswig-Holstein, verwies darauf, dass Meerespolitik auch Investitionspolitik sei. Seitens der Hamburgischen Bürgerschaft wurde auf den Nährstoffeintrag aus der Landwirtschaft ins Meer eingegangen. Nemitz antwortete, seit 2002 gebe es keine Subventionen mehr für Flottenaufbau, sondern nur noch für den Abbau von Kapazitäten. Bei der Landwirtschaftsproblematik gebe es Fortschritte. **Ingbert Liebing**, MdB, wies auf die Problematik in den Hafenstädten durch den Schadstoffeintrag der Schiffe und auf die hohen Kosten hin, die dadurch auf die Küstenstädte entfielen. Obwohl die Schifffahrt oft wirtschaftliches Wachstum für die Küstenregionen mit sich bringe, dürfe man die Kosten nicht außer Acht lassen. Umweltfreundlichere Maßnahmen seien erforderlich, und man könne statt Treibstoff auch Elektrizität nutzen. **Dorota Arciszewska-Mielewczyk**, Mitglied des polnischen Senats, erklärte, die EU habe Diskussionen mit den betroffenen Ostseeländern geführt. Die Fischer hätten unter den Kontrollen zu leiden, Ehrlichkeit dürfe nicht bestraft werden. Hierzu erklärte Nemitz, die Kontrolle sei unabdingbar, und die Regeln seien einzuhalten. Es gebe einen Dialog mit den Regierungen. **Lisbeth Grünfeldt-Bergmann**, Mitglied des schwedischen Riksdag, forderte eine Harmonisierung der Gesetze bei der Abfertigung in den Häfen.

Professor Mieczyslaw S. Ostojki, Vorsitzender der Helsinki Kommission (HELCOM), ging auf den HELCOM-Aktionsplan für den Ostseeraum ein. Grundlegender Ansatz sei eine gleichberechtigte Berücksichtigung von Umwelt-, sozialen und wirtschaftlichen Aspekten. HELCOM bringe Vision, Ziele und Aktionen zusammen. Zielsetzung sei sauberes Wasser und stärkere Verkehrssicherheit. Der Aktionsplan umfasse die Erhaltung der Artenvielfalt, maritime Sicherheit und Bekämpfung der Eutrophierung. Leider werde die Arbeit im Moment noch von einigen Ländern blockiert, im November gebe es die letzte Chance, hier noch einen Erfolg zu erreichen. Als Erfolge von HELCOM nannte er Beiträge zur Navigationssicherheit, die Baltische Strategie, die Verbesserung der Hafeneinrichtungen und die Entsorgung auch von schwierigen Abfällen. Weitere Aktionen seien jedoch notwendig angesichts der immer noch zu häufigen illegalen Ölverklappungen jedes Jahr. In den meisten Fällen würden die Verschmutzer nicht erkannt. Als Rezept für Erfolge nannte er maßgeschneiderte Lösungen und ergänzende globale europäische und regionale Politiken.

Asmund Kristoffersen, Mitglied des norwegischen Parlaments und Vorsitzender der Arbeitsgruppe Eutrophierung, stellte den Abschlussbericht der Arbeitsgruppe vor. 16 Parlamentarier der Ostseestaaten seien in der Arbeits-

gruppe vertreten gewesen. Mehr als deutlich sei im Ergebnis festzustellen, dass das Gleichgewicht der Ostsee gestört sei, was an der sogenannten „Algensuppe“ klar zu erkennen sei. Die Arbeitsgruppe habe 25 Empfehlungen verabschiedet; hervorzuheben seien dabei die Förderung einer umweltfreundlichen Landwirtschaft und die effizientere Säuberung der Abwässer. Phosphor müsse vor allem in Waschmitteln verboten werden, und Stickstoff müsse reduziert werden. Regionale Kooperation sei dringend geboten. Klar sei auch, dass dies ein langfristiges Projekt sei, aber die Kosten seien geringer, wenn man jetzt damit beginne, als wenn man weiter abwarte. Für die einzelnen Länder müssten geeignete Instrumente gefunden werden. Er unterstrich die Rolle der Parlamentarier bei der Ermutigung der Regierungen, in mehreren Bereichen Maßnahmen zu ergreifen. Die Agrarpolitik müsse besser mit der Umweltpolitik koordiniert werden. Das Thema Eutrophierung müsse auf der Tagesordnung bleiben, und die Parlamentarier müssten bei den Regierungen gezielt nachfragen, inwieweit und mit welchem Erfolg Aktivitäten unternommen worden seien. Er warb für die Verabschiedung der Resolution, die auch zu dem Thema „Eutrophierung“ klare Aussagen treffe und Forderungen zum Handeln stelle.

In der anschließenden Diskussion wurde die Arbeit der Arbeitsgruppe gewürdigt. **Mats Perämaa**, Mitglied des Parlaments der Åland Inseln, sprach sich für verbindliche Gesetze in Bezug auf die Schadstoffeinleitung aus sowie für eine Reduzierung dieser Schadstoffe für jede Art von Schiffen. **Claes Andersson**, Mitglied des finnischen Parlaments, beschäftigte sich mit den Kosten und forderte Unterlassungsgelder für Fälle, in den der Umweltschutz missachtet werde. **Ole Stavad**, Mitglied des dänischen Folketing, stellte fest, dass die Diskussion in der Arbeitsgruppe zu einer Art zukünftiger Agenda geführt habe und dass es nun an den Teilnehmern sei, zu Hause in ihren Parlamenten tätig zu werden, bevor das entscheidende HELCOM-Treffen im November in Krakau stattfindet. **Renate Holznagel**, Mitglied des Landtags von Mecklenburg-Vorpommern, wies darauf hin, dass neue wissenschaftliche Erkenntnisse, aber auch biologische Veränderungen in der Ostseeregion aufmerksam verfolgt werden sollten. Sie befürwortete zudem, aus dem bevorstehenden HELCOM-Aktionsplan politische Ziele abzuleiten. **Dr. Christel Happach-Kasan**, MdB, bedankte sich für die fruchtbare Zusammenarbeit im Rahmen der Arbeitsgruppe „Eutrophierung“ der BSPC, die ihr die Möglichkeit gegeben hätte zu erfahren, wie in den einzelnen Mitgliedsländern die Umweltproblematik und deren Lösungsansätze gehandhabt würden. Sie unterstrich, dass man in der Umweltpolitik die bisher erreichten Errungenschaften und Ziele stärker akzentuieren sollte, damit diese in Zukunft noch mehr öffentliche Zustimmung erhielten. Dr. Happach-Kasan betonte, dass alle Mitgliedsländer der BSPC die gemeinsame Vision einer reinen und gesunden Ostsee als einem einzigartigen Natur- und Kulturraum verbinde, den es zu bewahren gelte. Sie ging auch auf die Problematik der Schadstoffeinleitung ein und forderte Maßnahmen zur Verbesserung von Kläranlagen, zur Vermeidung von Schadstoffemissionen aus dem Schiffsverkehr und zur Minderung von Nährstoffemissionen aus der

Landwirtschaft. Sie merkte an, dass das starke Wohlstandsgefälle zwischen den EU-Ländern bei der Aufstellung von Regeln jedoch zu beachten sei, weil die erforderlichen Gelder zur Umsetzung der Maßnahmen nicht in allen neuen Mitgliedstaaten vorhanden seien. Wenn man dies außer Acht lasse, sei mit ähnlichen Folgen zu rechnen wie im Bereich der Fischerei, wo die festgesetzte Dorschfang-Quote von verschiedenen Ländern total missachtet werde und der Dorschbestand durch den illegalen Fischfang ernsthaft gefährdet sei. Folglich müsse der tatsächlichen Durchführbarkeit eine zentrale Rolle zugewiesen werden, um eine funktionierende Zusammenarbeit zu gewährleisten. Es gebe in der EU mittlerweile sehr gute Beispielsprojekte für die Zusammenarbeit zwischen neuen und alten Mitgliedsländern, bei denen Experten aus den alten Ländern den neuen Ländern ihr Wissen zur Verfügung stellten. Sie schloss ihre Ansprache mit der Forderung nach mehr bürgerschaftlichem Engagement für die Ostsee und lobte die Veranstaltung „Brot und Fisch“ in Lübeck, zu der mehr als tausend Menschen gekommen seien, um ihre Stimme für die Ostsee zu erheben.

Zum Abschluss der Konferenz würdigte der Leiter der deutschen Delegation in der Ostseeparlamentarierkonferenz, PStS **Franz Thönnnes**, MdB, die fruchtbaren Auseinandersetzungen und Diskussionen in der Konferenz. Er bezeichnete die Arbeit im Redaktionsausschuss zur Verfassung der Schlussresolution als konstruktiv und erfolgreich. Im Ergebnis sei ein Text erstellt worden, der entsprechend der Tradition der Konferenz von allen einmütig getragen werden könne und auch deutlich zum Ausdruck bringe, dass man es ernst meine mit einer nachhaltigen, ökonomischen starken und auch sozial ausgeglichenen Entwicklung der Ostseeregion. Insgesamt sei die 16. Ostseeparlamentarierkonferenz ihrem Anspruch gerecht geworden in der Behandlung der Schwerpunkte „Kooperation in der Ostseeregion“ und „Energie, Arbeit und soziale Wohlfahrt“ sowie „integrierte Meerespolitik und Eutrophierung“. Die Konferenz habe ihre Forderungen konkretisiert und richte diese nun an die Regierungen. Es seien neue Arbeitsinstrumente mit den beiden Arbeitsgruppen Energie und Klimawandel sowie Arbeit und soziale Wohlfahrt geschaffen worden. Franz Thönnnes betonte aber auch die Verantwortung für die Umsetzung, die nicht nur bei den Regierungen liege, sondern auch beim Ostseerat, beim Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission, aber ganz besonders auch bei jedem einzelnen Parlamentarier. Die Parlamentarier seien in ihren Parlamenten mit dafür verantwortlich, dass das, was beschlossen worden sei, Eingang in die nationale Politik der Regierungen finde, damit die gestellten Forderungen erfolgreich umgesetzt werden könnten. Ganz besonders gelte dies für den Ostseereaktionsplan. Im Hinblick auf die Transparenz des Handelns forderte Thönnnes, daran festzuhalten, auch für die 17. Konferenz in Visby wieder Berichte der nationalen Parlamente an den Ständigen Ausschuss zu senden, in denen berichtet werde, inwieweit die Forderungen der vorliegenden Resolution Eingang in die Politik der nationalen Parlamente und Regierungen gefunden habe. Thönnnes erinnerte daran, dass die Ostseeparlamentarierkonferenz nun seit Jahren bestehe und bemerkte in diesem Zusammenhang, dass man manchmal einen langen Atem haben müsse, bevor das, was be-

schlossen wurde, umgesetzt werden könne. Zum Abschluss seiner Rede übergab Thönnnes, entsprechend der Tradition der Konferenzen, den Vorsitz an die schwedische Abgeordnete, Sinikka Bohlin, die diesen als Vertreterin von Schweden, des Gastlandes der 17. BSPC-Konferenz, entgegennahm. Thönnnes schloss seine Rede mit dem Appell und dem Wunsch nach einer wachsenden Erkenntnis der Notwendigkeit, dass nur durch Zusammenarbeit und nur durch einen gemeinsam eingeschlagenen Weg Fortschritt und Erfolg herbeigeführt werden könnten.

Die Konferenz verabschiedete anschließend einstimmig den Text der Resolution der 16. Ostseeparlamentarierkonferenz.

Der Leiter der deutschen Delegation in der Ostseeparlamentarierkonferenz

Franz Thönnnes, MdB

Parlamentarischer Staatssekretär

II. Konferenzresolution

Konferenzresolution angenommen durch die 16. Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC)

Die Teilnehmer der Konferenz*, gewählte Repräsentanten aus den Ostseestaaten und dem Europäischen Parlament, sind am 27./28. August 2007 in Berlin, Deutschland zusammengekommen,

um die Zusammenarbeit in der Ostseeregion, Energieanliegen, Arbeitsmarktfragen und soziale Wohlfahrt, eine integrierte Meerespolitik und die Eutrophierung der Ostsee zu erörtern,

fordern die Regierungen in der Ostseeregion, den Ostseerat und die EU auf,

im Hinblick auf die Zusammenarbeit in der Region

1. den Informationsaustausch auf allen Ebenen fortzusetzen und zu verstärken,
2. gemeinsame Anstrengungen zu unternehmen, um die Ostseeregion vor allem in Bezug auf Energiefragen, eine integrierte Meerespolitik sowie Fragen des Ar-

* Baltische Versammlung, Bundesversammlung der Russischen Föderation, Europäisches Parlament, Nordischer Rat und das Parlament von Åland, der Bundesrepublik Deutschland, von Dänemark, Estland, Finnland, der Freien Hansestadt Bremen, der Freien und Hansestadt Hamburg, von Island, Lettland, Litauen, Mecklenburg-Vorpommern, Norwegen, Polen, der Region Kaliningrad, der Karelischen Republik, der Region Leningrad, der Region Murmansk, der Region Pskow, Schleswig-Holstein, von Schweden, der Stadt St. Petersburg sowie die Parlamentarische Versammlung Nordwest-Russlands und die Parlamentarische Versammlung des Europarats.

beitsmarktes und der sozialen Wohlfahrt zu einer europäischen Modellregion zu entwickeln,

3. die Rolle der interparlamentarischen und zwischenstaatlichen Kooperation in der Ostseeregion zu stärken und die Weiterentwicklung der Zivilgesellschaft in der Region zu fördern, u. a. auch durch eine Stärkung der Nichtregierungsorganisationen und eine Unterstützung der Fortsetzung der Tätigkeit des NGO-Forums,
4. die zwischenstaatlichen Organisationen im Bereich der Politik der Nördlichen Dimension nachdrücklich aufzufordern, die Zusammenarbeit und Abstimmung untereinander im Sinne einer effizienten Arbeitsteilung und zur Vermeidung von Doppelarbeit zu intensivieren und die Entwicklung einer Ostseestrategie zu unterstützen,

im Hinblick auf Energiefragen und den Klimawandel in der Ostseeregion

5. mittelfristig gemeinsam in allen Ostseestaaten Untersuchungen zu Energie- und Umweltfragen durchzuführen sowie konkrete Schritte zur Verstärkung der Zusammenarbeit im Hinblick auf Energiefragen in der Ostseeregion unter Berücksichtigung der Effizienz, Versorgung, Sicherheit und der erneuerbaren Energien zu ergreifen und gleichzeitig auch Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Klimawandel zu berücksichtigen,
6. die Bürgerbeteiligung in der Ostseeregion im Hinblick auf Energie- und Umweltfragen deutlich zu verstärken und neue Möglichkeiten für eine solche aktive Beteiligung zu erforschen, natürliche Energieressourcen als eine Verantwortung der Öffentlichkeit zu begreifen und die Ostseeregion zu einer Modellregion für erneuerbare Energien in Europa zu entwickeln,
7. Maßnahmen zu ergreifen, die sicherstellen, dass Informationen über mögliche wirtschaftliche, umweltpolitische und soziale Folgen von Infrastrukturprojekten in und an der Ostsee über entsprechende Einrichtungen unter den Küstenstaaten ausgetauscht werden und dass bei allen Infrastrukturprojekten (z. B. der Nordeuropäischen Gaspipeline und dem Baltic Gas Interconnector) gemäß internationalen Verpflichtungen eine gründliche Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt wird, wobei die Anforderungen an die Energieversorgungssicherheit der gesamten Ostseeregion zu berücksichtigen sind,

im Hinblick auf den Arbeitsmarkt und die soziale Wohlfahrt in der Ostseeregion

8. Hindernisse für die Arbeitsmarktmobilität zu beseitigen und in jedem Land für faire Arbeitsbedingungen zu sorgen,
9. vor dem Hintergrund der wachsenden Zahl von Grenzgängern das Thema der grenzüberschreitenden

Arbeitsmärkte auf die Tagesordnung des Ostseerats zu setzen und politische Maßnahmen zur Einrichtung von Informationszentren in der Region an stark frequentierten Grenzübergängen zu unterstützen, welche die Mobilität der Arbeitnehmer fördern und sie in Sozialversicherungsfragen beraten sollen. Solche Zentren sollen den Arbeitnehmern umfassende Informationen über steuer- und sozialversicherungsrechtliche Angelegenheiten liefern. Auch Informationen über Arbeits- und Qualifizierungsmöglichkeiten in Nachbarländern der Region müssen verbessert werden,

10. Arbeitsmärkte zu fördern, die auch benachteiligte Gruppen sowie junge Menschen integrieren, um sie in Arbeit und Gesellschaft einzugliedern und ihr Potenzial zu nutzen,
11. die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen in Ostseeanrainerstaaten unter Verweis auf entsprechende Normen der IAO und der OECD zu fördern und keine doppelten Standards bei multinationalen Gesellschaften zuzulassen,

im Hinblick auf eine integrierte Meerespolitik

12. konkrete Schritte zu ergreifen, um die Ostseeregion zu einer europäischen maritimen Modellregion – d. h. zum saubersten und sichersten Meer Europas – zu entwickeln, indem allen Ostseeanrainerstaaten die Ratifizierung der bestehenden völkerrechtlichen Übereinkommen zum Schutz der Meeresumwelt empfohlen wird (wie z. B. der „Anti-Fouling“-Konvention, der Ballastwasser-Konvention und der Gefahr- und Schadstoff- sowie der Bunker-Konvention), und ebenso die Entwicklung von „Clean-Ship“- und „Clean-Port“-Projekten weiter fortzusetzen,
13. Ideen zu entwickeln, wie die Ostseeregion zu einer Pilotregion werden könnte, die zeigt, dass eine wettbewerbsfähige Meeresindustrie mit einem wirksamen Schutz maritimer Ökosysteme vereinbar ist,
14. verschärfte Maßnahmen zur Bekämpfung der illegalen Fischerei (IUU) in der Ostseeregion gemäß international anerkannter Bestimmungen zu ergreifen,
15. angesichts der starken Zunahme von Öltransporten auf der Ostsee konkrete und wirksame Schritte zu ergreifen, um für ein hohes Maß an maritimer Sicherheit zu sorgen, z. B. durch
 - eine Stärkung der Arbeit der Küstenwachen in der Ostseeregion durch Koordination and Kooperation,
 - eine Förderung innovativer Navigationstechnologien, wie z. B. das Satellitennavigationssystem GALILEO in Verbindung mit GMES (Global Monitoring System for Environment and Security),
 - den Einsatz von Lotsen auf navigatorisch schwierigen Seewegen entsprechend international anerkannter Bestimmungen und Normen,

- die Förderung eines sicheren Betriebs von Schiffen unter schwierigen Bedingungen im Winter und auch bei Eisgang,
- die Anwendung der aus der Flugsicherung bekannten Grundsätze auf die Überwachung und Regelung des Seeverkehrs in der gesamten Ostsee,

im Hinblick auf die ernste Situation bei der Eutrophierung und anderen Formen der Umweltverschmutzung

16. die endgültige Entwicklung eines äußerst ehrgeizigen HELCOM-Ostseeaktionsplans, der im Herbst 2007 in Krakau verabschiedet werden soll, zu unterstützen und alle beschlossenen Maßnahmen ordnungsgemäß umzusetzen,
17. die politischen Empfehlungen der BSPC-Arbeitsgruppe Eutrophierung anzunehmen, alle darin enthaltenen Maßnahmenvorschläge umzusetzen und im Rahmen der 17. Ostseeparlamentarierkonferenz 2008 in Visby einen Fortschrittsbericht vorzulegen.

Die Konferenz

18. nimmt ferner mit Befriedigung die positive Entwicklung des Dialogs und des Informationsaustauschs mit dem Ostseerat zur Kenntnis, sieht einer weiteren beiderseitigen Entwicklung des Dialogs mit Freude entgegen und ermutigt die Regierungen der Mitgliedstaaten des Ostseerats, über den Ostseerat einen jährlichen Bericht über die Umsetzung der Resolutionen der Ostseeparlamentarierkonferenz vorzulegen,
19. fordert die Regierungen der Mitgliedstaaten des Ostseerats auf, zur Förderung des Reformprozesses des

Ostseerats in einen engen Dialog mit Parlamentariern in allen Mitgliedstaaten einzutreten, fordert die Präsidenschaft des Ostseerats nachdrücklich auf, alle Überlegungen zu einer neuen Struktur dem Ständigen Ausschuss der Ostseeparlamentarierkonferenz mitzuteilen, damit sich dieser damit vertraut machen und Kommentare abgeben kann, bevor von Regierungsseite in dieser Angelegenheit Beschlüsse gefasst werden,

20. erkennt die eigene Verantwortung für die Einleitung und Vertiefung des Dialogs und der Koordination zwischen regionalen Organisationen in der Ostseeregion und in Nordeuropa insgesamt an,
21. fordert den Ständigen Ausschuss auf, eine Arbeitsgruppe Energie und Klimawandel einzusetzen, die im Rahmen der 17. Ostseeparlamentarierkonferenz einen Bericht vorlegen soll,
22. fordert den Ständigen Ausschuss auf, eine Arbeitsgruppe Arbeitsmarkt und Soziales einzusetzen, die im Rahmen eines Dialogs und in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern auf der 17. Ostseeparlamentarierkonferenz einen Bericht vorlegen soll,
23. verabschiedet die geänderte Geschäftsordnung, die nach Abschluss der 16. Ostseeparlamentarierkonferenz in Kraft treten wird,
24. beschließt, Fragen der Energie und des Klimawandels auf der 17. Ostseeparlamentarierkonferenz 2008 in Visby zu behandeln,
25. begrüßt dankbar die freundliche Einladung des schwedischen Riksdag, die 17. Ostseeparlamentarierkonferenz am 1./2. September 2008 in Visby abzuhalten.

